

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 49. Ratssitzung vom 22. Mai 2019

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2019/106, 2019/107 und 2019/135

1272. 2019/106

Dringliche Motion der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 20.03.2019:

Festlegung einer stringenten Klimapolitik in der städtischen Verfassung mit dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf Null bis ins Jahr 2030

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2019/106, 2019/107 und 2019/135.

Simone Brander (SP) begründet die Dringliche Motion GR Nr. 2019/106 (vergleiche Beschluss-Nr. 1043/2019) und das Dringliche Postulat GR Nr. 2019/107 (vergleiche Beschluss-Nr. 1044/2019): *Nicht nur die Klimajugend geht auf die Strasse, sondern auch Eltern, Grosseltern und alle anderen Besorgten. Auch heute wurde vor dem Rathaus demonstriert. Dies zeigt eindrücklich, dass sich die Leute in der Stadt Zürich Sorgen machen um das Klima und um ihre Zukunft. Diese Besorgnis ist berechtigt. Der IPCC-Bericht hat uns allen aufgezeigt, dass es einen real existierenden Klimanotstand gibt. Mit dem Pariser Klimaabkommen hat auch die internationale Gemeinschaft einen wichtigen Schritt unternommen. Der Klimanotstand hat sich in letzter Zeit noch verschärft. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, um wirkungsvolle Massnahmen zu beschliessen und konsequent umzusetzen. In der Stadt Zürich setzen wir deshalb nicht nur auf das symbolische Ausrufen des Klimanotstandes, sondern wollen konkrete Massnahmen ergreifen. Um handeln zu können, braucht man erst ein gemeinsames Ziel. Wenn man sich erst auf dieses Ziel geeinigt hat, kann man die Massnahmen konsequent auf dessen Erreichung ausrichten. Dieses gemeinsame Ziel heisst: Reduktion des CO₂-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf netto null bis 2030. Dieses Ziel wollen wir – das heisst, die breite Klimaallianz im Gemeinderat – mit unserer Motion in der Gemeindeordnung festhalten. Damit wollen wir die Grundlage für eine stringente Klimapolitik unserer Stadt schaffen. Gleichzeitig weisen wir mit unserem Vorstoss ausdrücklich darauf hin, dass sich die Stadt Zürich beim Kanton für die notwendigen Rahmenbedingungen einsetzen muss, denn allein kann die Stadt dieses Ziel nicht erreichen. Es braucht auf nationaler Ebene zum Beispiel ein griffiges CO₂-Gesetz. Wir halten auch explizit fest, dass wir mit unserer Motion den Auftrag geben, die Wirtschaft und die Privaten aktiv miteinzubeziehen. Die Lösung des Klimaproblems kann nicht ausschliesslich an die Politik delegiert*

werden, wie das in letzter Zeit immer wieder gefordert wurde. Es muss die ganze Gesellschaft mitziehen, also auch die Privaten und die Wirtschaft. Die Klimaallianz fordert mit diesem Postulat, dass der Stadtrat die notwendigen Massnahmen in allen Handlungsfeldern aufzeigt, um das Ziel zu erreichen. Besonders die Bereiche, in denen aktuell ein viel zu hoher CO₂-Ausstoss besteht, sollen in diesem Bericht des Stadtrats bezeichnet werden: Gebäude, Energie, Verkehr und Konsum. Der Stadtrat soll in diesem Bericht auch aufzeigen, was diese Massnahmen für alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit bedeutet: Was sind die sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen dieser Massnahmen? Mit diesem Ziel und dem Bericht legen wir den Grundstein für die zukunftsweisende Klimapolitik in der Stadt Zürich. Dies sind wir nicht nur uns und unseren Kindern schuldig, es bleibt angesichts des real existierenden Klimanotstandes schlicht keine andere Wahl.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet die von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. April 2019 gestellten Ablehnungsanträge zur Dringlichen Motion GR Nr. 2019/106 und zum Dringlichen Postulat GR Nr. 2019/107: Es dürfte keine Überraschung sein, dass die SVP diese Vorstösse ablehnt. Einer der Gründe hat Simone Brander (SP) bereits erwähnt, nämlich, dass dieses Postulat gar nicht umsetzbar ist. Die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf netto null in zehn Jahren in der Stadt Zürich ist eine Illusion, eine Utopie. Sie selbst hat gesagt, es braucht eine Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen. Es ist so, dass wir auf viele Bereiche des täglichen Lebens als Kommune gar keinen Einfluss nehmen können. Ein kleines Beispiel: Die Einwohner dieser Stadt werden weiter in die Ferien fliegen, das können wir nicht verhindern – ausser wir machen an der Stadtgrenze Klimazollschranken, an denen jeder, der zum Flughafen fährt, ein Klimazertifikat vorweisen muss. Vielmehr ist diese Motion ein Türöffner für regulatorischen Wildwuchs und eine Verbotspolitik. Was das heisst, sehen wir heute schon auf der Traktandenliste: Die Forderung nach CO₂-neutraler Ernährung in städtischen Kantinen ist so ein Beispiel. Die Stadt schreibt den Bürgern vor, was sie zu essen haben und will sie umerziehen. Die Eigenverantwortung wird so unter dem Deckmantel der Klimahysterie abgeschafft. Nebst diesem «veganen Menüzwang» bedeutet dies unter anderem eine massive Einschränkung und künstliche Verteuerung der Mobilität mittels Verbrennungsmotor und das Verbot fossiler Heizenergie – somit auch steigende Wohnpreise. Diese Klimahysterie führt zu einem ganz neuen Phänomen: Der Klimaarmut. Interessanterweise sind sich die Postulanten dessen auch bewusst, da sie in der Motion fordern, dass die Massnahmen – die das Ziel sowieso nicht erreichen werden – sozialverträglich umgesetzt werden sollen. Also, dass Haushalte mit tiefem Einkommen nicht überproportional belastet werden. Das ist eine Einladung zu einer massiven Umverteilung. Der Mittelstand, der heute schon einen Grossteil der Lasten in diesem Land trägt und unter den steigenden Gesundheitskosten ächzt, soll somit für Klimamassnahmen zur Kasse gebeten werden, die das Ziel dieser Motion gar nicht erreichen werden. Es stimmt, dass Ökologie kostet. Es ist auch eine Illusion, dass man mit Umverteilung solche Ziele erreichen können wird. Schaut, wer heute schon Tesla fährt, sich ein ökologisches Null-Energie-Haus leisten kann und sich das Oster-Shopping in den USA mit einem Klimazertifikat versüsst. Diese Klimazertifikate sind übrigens ein interessantes Phänomen: Ich begehe eine Sünde, indem ich zu viel CO₂ ausstosse. Danach gehe ich zu einer Institution und gebe ihr Geld, mit dem diese Institution die Sünde rückgängig macht. Das kennen wir

schon aus dem Mittelalter, das nennt sich Ablasshandel. Gehen wir einmal davon aus, wir könnten das Ziel erreichen und 2030 hätten wir in der Stadt Zürich netto null Ausstoss und auch die ganze Schweiz würde mitziehen, in allen Städten und Kantonen wird der Klimanotstand ausgerufen und wir verzichten auf alles, wohnen noch auf 20 Quadratmeter und heizen unsere Wohnungen im Winter nur noch auf 18 Grad, essen nur noch vegan – Sie sehen, zu was für einem Lebensstil das führt und zu was man uns umziehen möchte. Ich glaube, die Einwohner dieser Stadt, des Kantons und der Schweiz werden das noch realisieren. Sagen wir, wir könnten das in der ganzen Schweiz umsetzen: Was hätten wir damit erreicht? Wir hätten 1 Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses eingespart. Damit hätte man nichts erreicht. Die wahren CO₂-Sünder sind andere. Denkt ihr wirklich, dass Länder wie China und die USA mitziehen und ihren CO₂-Ausstoss in den nächsten 10, 20 oder schon nur 30 Jahren relevant mindern werden? Das ist eine Illusion. Die Schweiz auf der anderen Seite hat schon sehr viel getan. Der CO₂-Ausstoss in der Schweiz sinkt und das muss man anerkennen. Gegenüber 1990 haben wir – trotz einer Verdoppelung der Wirtschaftsleistung und einem massiven Bevölkerungswachstum – eine Reduktion von 12 Prozent. Beim Verkehr haben wir den CO₂-Ausstoss plafoniert, trotz mehr Fahrzeugzulassungen. Es gelingt also in der Schweiz auch ohne übertriebene Massnahmen und ohne Hysterie, den CO₂-Ausstoss zu senken durch massvolle Lenkungen und durch innovative Massnahmen der Gewerbetreibenden in diesem Land, die auch nicht daran interessiert sind, Energie zu verschwenden. Es müssen ja nicht gleich China und die USA mitmachen. Sagen wir einmal, schon nur Europa setzt sich solch ambitionierte Ziele: Geht ihr wirklich davon aus, dass Polen – bei denen 80 Prozent der Stromproduktion aus Kohlekraftwerken stammt – auch nur in den nächsten 50 Jahren eine massvolle Reduktion des CO₂-Ausstosses hinkriegen wird? Deutschland muss den Wegfall der Kernenergie kompensieren, die 40 Prozent des Strommixes ausmacht. Das geschieht zurzeit um uns herum. Es ist komisch, wenn man sich nur auf die Stadt Zürich beschränkt und mit solchen Maximalforderungen ein gutes Gewissen erkauft, von denen ihr zugebt, dass sie nicht umsetzbar sind. Hört auf zu träumen und fordert von den wahren CO₂-Verursachern griffige Massnahmen. Fahrt mit dem Zug an eure Klimakonferenzen und zeigt, was in der Schweiz schon umgesetzt wurde. Wenn der Rest der Welt seinen CO₂-Ausstoss in solchen Werten gesenkt hätte, würden wir über ganz andere Dimensionen sprechen. Wir sprechen heute eigentlich über drei Stichworte: Bevormundung, Umverteilung und Realitätsverlust und nicht über Klimaschutz. Die SVP lehnt die vorliegenden Klimavorstösse vehement ab.

Michael Schmid (FDP) begründet das Postulat GR Nr. 2019/135 (vergleiche Beschluss-Nr. 1133/2019): *Mit unserem Postulat wollen wir sicherstellen, dass die Klimadiskussion in der Stadt Zürich nicht auf der Basis von Wunschträumen stattfindet, die sich rasch in Alpträume verwandeln können. Stattdessen soll auf der Basis von Fakten eine politische Ausmarchung von Chancen und Risiken stattfinden. Der Ausgangspunkt ist, dass die Stadt bereits heute über energie- und klimapolitische Ziele verfügt – und zwar ausserordentlich ambitionierte. Auch wurden in den letzten zehn Jahren im Rahmen der Umsetzung des 1-Tonne-CO₂-Ziels bereits sehr viel gemacht. Mit unserem Postulat wollen wir erreichen, dass der Stadtrat aufzeigt, wie der Weg zu den im Raum stehenden Zielen aussieht: Netto null bis 2030, netto null bis 2050 – Stichwort Gletscherinitiative – und dem geltenden Ziel in der Gemeindeordnung. Interessant ist, dass das Netto-Null-Ziel*

bis 2030 in diesem Rat schon von Vertretern dieser so genannten Klimaallianz abgelehnt wurde. Ich nehme als Beispiel den Fraktionspräsidenten der Grünen, der uns in diesem Saal und auch in den Medien erklärt hatte, dass die Jahreszahl 2030 keinerlei Basis hat. Es könnte auch 2040 oder 2050 sein, Hauptsache, man macht sich jetzt sportlich auf den Weg. Aber sportlich auf den Weg ist nicht, was ihre Motion verlangt, sondern dort steht netto null. Auch dem Stadtrat ist vorzuwerfen, dass er keine besondere Führungsstärke gezeigt hat, sondern man muss von einem Fall von Feigheit vor dem politischen Freund sprechen. Denn mit dem Netto-Null-Ziel bis 2030 haben alle diese Massnahmen, über die wir noch werden sprechen können, überhaupt nichts zu tun. Damit werden weder die Debatte noch die Klimademonstranten ernst genommen. Ich hoffe, der Stadtrat wird in dem Bericht, in dem er die verschiedenen Ziele gegenüberstellt, auch auf die Probleme Ihrer Motion eingehen: So schreiben Sie lakonisch: «Zertifikate im Ausland lehnen wir ab». Gleichzeitig berufen Sie sich auf internationale Klimaabkommen. Da muss man einfach feststellen: Seit einem Vierteljahrhundert sind Auslandmassnahmen ein bewährtes Instrument, das übrigens von Schweizer Pionierunternehmen mitaufgebaut wurde. Stichworte: myclimate, South Pole Carbon. Ein anderes Glanzstück in der Motionsbegründung: Sie schreiben, dass netto null bedeutet, dass keine fossilen Emissionen mehr in die Atmosphäre gelangen dürften. Genau das bedeutet netto null eigentlich nicht, sondern das wäre brutto null oder einfach null. Sie bringen vieles durcheinander. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, man brauche ein konkretes Ziel. Das haben wir aber schon in der Gemeindeordnung und das lautet: eine Tonne CO₂ bis 2050. Der Stadtrat soll in seinem Bericht aufzeigen, welche Massnahmen, die wir heute schon kennen, rasch umgesetzt werden können. Wir werden heute dazu ein zweites Paket an Vorstössen einreichen mit Massnahmen, die rasch umsetzbar und sozial und ökologisch verträglich sind. Wir müssen aber ehrlich sein und sagen, dass wir die Zukunft zu wenig kennen, um das globale Klimaproblem zu lösen. Wir wissen nicht, welche Massnahmen sich in einem globalen Rahmen durchsetzen werden. Richtig ist, dass sich unsere Forschungseinrichtungen, unser Finanzplatz, unsere Bauzulieferer sowie unsere Wirtschaft tagtäglich mit dem Thema befassen – aber eben mit globalen Massnahmen auf einem globalen Markt. Wir wissen aber, was ganz sicher nicht funktioniert und das ist die ganz grosse Ironie der Geschichte: Es gibt unter den Klimademonstranten, von denen heute einige zu Besuch sind und die ich herzlich begrüßen möchte, einige, die rufen: «System change, not climate change». Das System, das sie vor Augen haben, hat historisch den Beweis schon vielfach angetreten, dass es nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft ruiniert, sondern auch die Umwelt. Die Spuren davon können sie in Mittel- und Osteuropa besichtigen oder aktuell im gescheiterten Petromarxismus in Venezuela. Sie werden heute Abend eine Mehrheit für Ihr Netto-Null-Ziel haben, aber ich bin zuversichtlich, dass Sie in der Bevölkerung keine Mehrheit haben werden, wenn dieses Ziel ernst genommen wird. Wenn es bloss ein Symbol ist, wird es irgendwo verpuffen. Selbst wenn Sie Zürich in ein Klima-Ballenberg verwandeln, wäre dem Weltklima in keiner Art und Weise geholfen – höchstens als abschreckendes Beispiel, wie man es nicht machen soll. Wir fordern vom Stadtrat, dass er eine Politik aufzeigt, die der Bevölkerung Mut und Zuversicht für die Zukunft vermittelt, statt mit Schreckensszenarien und Selbstkasteiung zu operieren. Stichwort: «Ich will, dass ihr in Panik geratet». Die Frage ist heute Abend nicht, ob wir eine wirksame Klimapolitik brauchen, sondern, wie man diese betreibt.

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2019/135: Es geht um den erwähnten Bericht des Stadtrats über die Erreichung der unterschiedlichen Klimaziele. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir stellen uns nicht grundsätzlich gegen notwendige Massnahmen im Klimaschutz und unterstützen sicher auch entsprechende Zielerreichungen. Der Umweltschutz ist auch der SVP-Fraktion ein wichtiges Anliegen, aber Extremforderungen wollen wir nicht einfach so hinnehmen. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist ein Volksentscheid, der dementsprechend berücksichtigt wird, aber Klimaneutralität ist kein Volksentscheid. Auch die jetzige Klimaerwärmung bestreiten wir nicht. Die SVP-Fraktion ist gegen Massnahmen von denen wir die Konsequenzen für Umwelt, Wohlstand und Lebensqualität nicht kennen. Antworten auf geplante Massnahmen werden wir sowieso zu hören kriegen. Vielleicht wäre es besser, anstelle des Postulats eine schriftliche Anfrage zu stellen – so hätte man innert drei Monaten eine Antwort erhalten. Diese Antwort hätte in den Departementen noch immer zu Massnahmen führen können. So hat der Stadtrat aber zwei Jahre Zeit für die Antwort.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Ich bin erfreut, dass Rolf Müller (SVP) die Klimaerwärmung im Grundsatz nicht bestreitet. Es gibt durchaus andere Personen in seiner Partei, die das anders sehen. Wir sind der Meinung, dass die Klimaprobleme drängend sind. Gerade die Stadt Zürich kann und muss sich leisten, hier etwas zu machen. Wo sonst auf der Welt gibt es diese ideale Kombination aus einer aufgeklärten Bevölkerung, vielen kreativen Köpfen und sehr viel Geld? Ich bin deshalb auch froh, dass wir uns symbolischen Handlungen verweigern, wie wir sie an anderen Orten zu hören kriegen – zum Beispiel im Zürcher Kantonsrat oder auch in Basel. Dort wurden die Vorstösse stets mit einer Fussnote versehen, die in etwa besagte: «Die Begriffe climate emergency beziehungsweise Klimanotstand sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein». Wir wollen reale Veränderungen und diese bedürfen einer neuen Grundlage, auf der wir auf das Ziel fokussierte Massnahmen ergreifen können. Dazu braucht es eine Änderung der Gemeindeordnung als ebendiese Grundlage für das Ziel: Das heisst netto null 2030. Natürlich ist uns allen klar, dass dies allein nicht reicht. Wir als Parteien der Klimaallianz sind dabei, Vorstösse zu formulieren. Aber wir sind auch auf die Unterstützung des Stadtrats und der Verwaltung angewiesen. Wir sind auch gar nicht unglücklich, dass wir in einen Ideenwettbewerb mit dem Freisinn eintreten – wenn denn die Ideen gut sind. Wir brauchen auch immer Mehrheiten und dieser Verantwortung werden wir uns stellen. So werden verschiedene Vorschläge in einer Volksabstimmung münden. Ich habe gespannt darauf geachtet, was Michael Schmid (FDP) zu sagen hatte. Denn es gibt neben der Zürcher auch immer eine nationale Politik der FDP. In der heutigen Zeitung war zu lesen, dass Petra Gössi vorwärts machen will, bis hin zu Fahrverboten in der Innenstadt, wenn die Feinstaubwerte überschritten werden. Ein Bericht des Kantons besagt, dass die Feinstaubwerte am meisten an der Rosengartenstrasse überschritten werden. Vielleicht verstehe ich die Dialektik nicht: Ihr habt heute vielleicht den Rosengartentunnel durchgewunken, damit ihr – wenn dann die Feinstaubwerte überschritten werden – eine Sperrung des Autoverkehrs durchsetzen könnt? Anders kann ich das nicht interpretieren. Ich muss aber

sagen, dass ich mit den FDP-Vorschlägen nicht glücklich bin. Einerseits hat sich Severin Pflüger (FDP) in einer Medienmitteilung paternalistisch geäußert: Die Jungen wollen gar nicht netto null CO₂, sondern sie wollen «entschlossenes und wirkungsvolles Handeln». Aber eine der wesentlichen Forderungen der jungen Leute hier auf der Tribüne ist nun einmal netto null CO₂. Eure Vorstösse haben uns nicht herausgefordert, sondern funktionieren eher in einer Art Mikrobereich, in dem ihr Veränderungen anstrebt. Ihr fordert einerseits wirkungsvolles Handeln und andererseits bringen uns eure Vorschläge klimapolitisch nicht vorwärts. Das ist Politmarketing. Einer der Klimaaktivisten hat im Tages-Anzeiger gesagt: «Wir werden nach Strich und Faden verarscht». Ich kann das nachvollziehen, wenn ich vergleiche was ihr sagt und wie ihr handelt. Es ist uns allen bewusst, dass wir sehr viel arbeiten werden müssen, aber ich bin optimistisch, dass wir etwas erreichen werden, da wir einen guten Austausch miteinander haben.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Nachdem wir von der bürgerlichen Seite sehr viele intelligente Beiträge gehört haben, möchte ich nicht in die gleiche Kerbe schlagen, sondern komme deswegen fast ein wenig literarisch daher. Bei mir hat die Sensibilisierung für diese Frage sehr früh angefangen: Im ersten Semester im Studium hatten wir einen Dozenten, der uns «die Grenzen des Wachstums» dargelegt hat. Das hat mich sehr stark beeinflusst. Er war übrigens ein Dominikaner-Pater, der seine Kutte an den Nagel hängte, da er heiraten wollte. Aufgrund dessen wollte ich in den 1980er-Jahren einen Roman schreiben. In diesem Roman habe ich vorneweg genommen, was heute passiert: Nämlich, dass man in gewissen Ländern Dämme bauen muss, weil der Meeresspiegel steigt. Ich konnte das Buch nicht weiterschreiben, da mir die Logik verloren ging, wie man das weiterführen könnte. Das hatte seine guten Gründe. Was ich Ihnen sage, zeigt zwei Dinge: Nicht nur, dass ich mich selbst damit befasst habe, bevor die heutigen Klimaaktivisten geboren waren. Sondern auch, wie einfach eine Beeinflussung durch Lehrer geschehen kann, die man sehr schätzt. Das ist ein Problem, das man sehen muss. Betrachtet man nämlich die Demonstrationen vor dem Rathaus, die sich regelmässig wiederholen, hat das eine psychologische Wirkung. Da entsteht eine Gruppendynamik, die nicht gesund ist. Ich frage mich, ob alle, die demonstrieren gehen, wissen, was sie schlussendlich genau fordern. Wahrscheinlich nicht. Es besteht eine gewisse Radikalisierung, die von gewissen Medien und sozialen Medien befeuert werden. Würde man alle Forderungen ernst nehmen, wären auch alle diese Handys nicht mehr klimaneutral, so dass man nicht mehr mit ihnen mobilisieren könnte. Die Klimabewegung würde dank ihrer eigenen Forderungen zusammenbrechen. Das hier bestehende Mitläufertum ist eine Gefahr. Man hat sich darauf geeinigt, das Flugzeug zu verteufeln. Früher wars der Lärm, heute ist es CO₂. Reinhard May sang: «Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein». Darf so etwas überhaupt noch erlebt werden oder verbieten uns das die Klimaaktivisten? Ein anderes Lied von einer ESC-Siegerin aus einer Zeit, als der Wettbewerb noch Inhalt hatte, das heisst: «Reviens vite. Prends la caravelle qui part demain et descends directement du ciel dans mes bras». Was sagt das aus? Nämlich, dass es Fernbeziehungen gibt, die über Landesgrenzen hinweg bestehen. Wollen das diese Klimaaktivisten auch unterbinden und verbieten? Wenn einige unter diesem Psychodruck auf das Fliegen verzichten, ändert das nichts: Dann fliegen einfach ein paar leere Sitze mehr herum und die Reduktion der Frequenzen ist etwas sehr Schwieriges. Dann bricht das ganze System zusammen und das gefährdet Arbeitsplätze. Und

das wollen wir schlussendlich nicht. Ich habe noch weitere Argumente, die ich in der späteren Replik bringen werde.

Guido Hüni (GLP): Es stimmt, das Ziel ist ambitioniert. Es ist auch völlig offen, ob es erreicht werden kann – wahrscheinlich nicht. Soll man nun auf das Ziel verzichten, es nicht formulieren? Nein, denn Ziele sind genau dafür da, dass man sie sich hochsteckt, dass man Visionen hat. Ihr wart sicher auch nicht begeistert von der «Vision zero», die das Bundesamt für Strassen einmal herausbrachte. Es war auch völlig illusorisch null Verkehrstote zu haben. Aber man gibt eine Vorgabe, rennt darauf los und versucht sie zu erreichen. Es ist eine starke Aufforderung, in den wirklich relevanten Bereichen Massnahmen zu ergreifen und nicht nur Pflästerli-Politik zu betreiben, indem man in denen Bereichen ein wenig herumschraubt, die sowieso niemandem weh tun. Es ist tatsächlich so: Ökologie kostet. Aber immer wird gesagt, man sei nicht bereit, den Preis zu bezahlen. Ich sage: Hört auf damit! Ich bin bereit, den Preis zu zahlen. Gebt mir die Vorschriften. Ich finde es schön, dass FDP und SVP endlich den Klimawandel entdeckt haben und konstruktiv an der Lösung mitarbeiten. Ich möchte aber die Euphorie über die freiwilligen Massnahmen bremsen. Es stimmt, dass diese ein paar Dinge erreicht haben, aber das ist so mit den tiefhängenden Früchten. Der Schweizer Finanzplatz etwa ist noch immer für zwanzig Mal mehr CO₂-Ausstoss verantwortlich als die ganze Schweizer Bevölkerung. Da zu sagen, man hätte schon alles gemacht und ist auf dem goldenen, richtigen Weg und müsse deshalb keine extremen Positionen beziehen – diese Meinung teile ich nicht. Die Behauptung, dass der Handel mit Klimazertifikaten eine Erfolgsgeschichte sei: In der NZZ am Sonntag stand kürzlich, dass drei Viertel dieser Ablasshandel ihre Wirkung verfehlen, auch wenn myclimate und andere Firmen sicher eine gute Arbeit machen. Im Extrembeispiel haben russische Chemiefirmen absichtlich ihren Ausstoss erhöht, um über die Zertifikate beim Senken wieder Geld verdienen zu können. Zu sagen, «Wir machen nichts, weil es sowieso nichts nützt, wir sind sowieso nur ein Promille dieser Welt»: da frage ich mich, wo die Vorbildfunktion bleibt. Sagt man den Kindern auch: «Es bringt nichts, wenn du als einziger nicht prügelst, wenn es doch alle tun. Dann schlag doch auch noch drein»? Die Fakten sind spannend. 2018 wurde global am meisten CO₂ ausgestossen. Wir sind also noch immer in einer Steigung. Der IPCC-Bericht von 1990 hat sechs Szenarien vorgerechnet und wir befinden uns noch immer im «Worst Case»-Szenario – sind sogar noch schlechter. Für Zürich bedeutet das, dass wir im Jahr 2100 eine durchschnittliche Temperaturerhöhung von 5 Grad haben werden. Da sprechen wir von einem Klima, wie es aktuell in Süditalien oder -spanien herrscht. Das heisst: Hier werden Kakteen wachsen. Wir werden eine komplett andere Welt zurücklassen, wenn wir so weitermachen. Unsere Verantwortung besteht da nicht einmal unseren Kindern gegenüber, die dann auch schon 100 Jahre alt sein werden, sondern gegenüber unseren Enkeln und Urenkeln. Wir müssen für sie Massnahmen ergreifen.

Dr. Mathias Egloff (SP): Die SVP will Schulden abbauen und warnt, dass unsere Kinder für die Schulden von heute bezahlen müssen und sie haben Recht damit: Wir haben riesige Schulden angehäuft. In den hochindustrialisierten Ländern sind wir jene Generation, der es am besten geht. Wir haben die höchste Lebenserwartung, die beste Gesundheit und die grösste soziale Sicherheit. Wir sind die letzte Generation, die das sagen kann.

Jenen, die nach uns kommen, wird es schlechter gehen. Unser Reichtum haben wir unseren Kindern weggenommen. Es ist eine riesige Umverteilung zwischen den Generationen. Wir haben die Kohlen verbrannt, das Öl ausgebeutet und das Erdgas gebraucht, um unsere Industrie anzutreiben. Gleichzeitig haben wir die Wälder gerodet und ein Artensterben ausgelöst, das den Vergleich mit einem Meteoriteneinschlag nicht scheuen muss und dann haben wir gesagt: Ich bin dann mal weg. Jetzt müssen unsere Kinder mit den Klimagasen umgehen, die wir ihnen hinterlassen und sie sind wütend. Wer will es ihnen verargen? Sie haben die Gesundheitsprobleme, die verarmte Natur und die Verschmutzung, die wir angerichtet haben. Jetzt, da man noch etwas tun kann, fragen sie: Was tut ihr? Unsere Enkel werden garantiert fragen: Was hast du getan, als man wusste, dass der Klimawandel zum Hauptproblem dieser Welt wurde? So gesehen machen wir keine Investitionsplanung, sondern einen CO₂-Schuldenabbau. Wir müssen jetzt sehr viel Geld ausgeben, das wir schon längstens vom Konto unserer Kinder abgehoben haben. Denn das Geld, das wir heute ausgeben, nützt viel mehr als das, was mir morgen ausgeben. Auch die Stadt kann viel tun. Die Universitäten Braunschweig und Potsdam haben das aufgezeigt. Wir nehmen den Klimastreik zum Anlass, um konkret zu beginnen. Heute beginnen wir, Dinge in die richtige Bahn zu lenken, die schieflaufen. Zürich zero 30 bedeutet: Bis 2030 netto null CO₂-Ausstoss in Zürich. Wieso bis 2030? Weil es bis dann noch möglich ist, mit einer rigorosen CO₂-Reduktion das Ziel einer Erderwärmung von unter 1,5 Grad Celsius zu erreichen – trotz all dem CO₂, das wir bis 2050 noch produzieren. Wir muten das der Bevölkerung zu, weil wir alle wissen, dass es nicht mehr anders geht. Einlullen, Abstreiten, Herausschieben ist vorbei. Alles, was wir jetzt tun, tun wir im Wissen um die Konsequenzen. Was wiegt schwerer? Wenn wir das Ziel nicht erreichen, dann haben wir wenigstens nichts falsch gemacht. Wir wollen nicht perfekt, sondern wirksam und schnell sein.

Peter Anderegg (EVP): *Obwohl es immer noch Menschen gibt, die nicht akzeptieren, dass sich auf dem Planeten so einiges verändert hat, ist der Klimawandel eine Tatsache. Während einige darüber diskutieren, ob es diesen Wandel überhaupt gibt, ist es auch eine Tatsache, dass wir eine gewisse Klimaerwärmung nicht mehr verhindern können. Wir sprechen heute also von Schadenbegrenzung. Darum ist es enorm wichtig, dass grösste Anstrengungen unternommen werden, um die Klimaerwärmung auf ein Minimum zu begrenzen. Da ist der CO₂-Ausstoss von zentraler Bedeutung. Das ist eines der drängendsten Anliegen unserer heutigen Generation, aber auch von zukünftigen Generationen. Wie und mit welchen Massnahmen kann man eine solche Reduktion erreichen? Und ist es überhaupt möglich, dies bis 2030 zu erreichen? Einerseits ist die Reduktion des CO₂-Ausstosses enorm dringend, andererseits bin ich auch Realist, der gewisse Zweifel hat, ob die geforderte Null bis 2030 überhaupt möglich ist, aber wir müssen es einfach versuchen und alles tun, was möglich ist. Die EVP ist überzeugt, dass eine Änderung der Gemeindeordnung, wie sie von der Motion gefordert wird, einiges bewirken wird. Sie wird den Druck auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erhöhen, kreativ und aktiv zu werden und entsprechende Massnahmen zu erforschen und umzusetzen. Die Motion hat auch schon einiges ausgelöst, obwohl sie noch gar nicht überwiesen wurde. Es wurden bereits verschiedene Postulate und Motionen eingereicht.*

Severin Pflüger (FDP): Ich stelle fest, dass der Stadtrat im Ratssaal deutlich untervertreten ist in Anbetracht des Gewichts dieser Debatte. Ich habe noch nicht verstanden, was hier netto und was brutto sein soll und was dieser Ablasshandel und diese Zertifikateinkäufe sein sollen, aber darauf kommen wir ja noch zu sprechen. Mir stinkt aber, dass eigentlich alle schon sagen, dass man dieses Ziel wohl gar nicht erreichen wird. Ich bin auch der Meinung, dass man Ziele und Visionen im Leben haben soll, aber diese soll man nicht in die Verfassung schreiben. Denn was man in die Verfassung schreibt, muss man von Anfang an erfüllen wollen und können. Sie ergehen sich heute Abend und im sonstigen Diskurs in Problembeschreibungen: Was passiert, wenn der Klimawandel kommt. Da wird dann gesagt, dass wir auf Kosten von zukünftigen Generationen leben. Sie tun so, als ob Sie das zum ersten Mal gehört hätten und es nun der ganzen Welt auch noch erzählen müssen, aber das ist mittlerweile Allgemeinwissen, das Sie uns nicht erklären müssen. Wenn es hier eine interessante Diskussion gibt, dann dreht sie sich um die Frage, um wie viel muss man den Klimawandel abbremsen, als dass er nicht zu viel Schaden verursacht. Wenn Sie sich auf den Standpunkt stellen, man müsse das Maximum fordern, ansonsten läute man die Vernichtung der Welt ein, dann sind Sie auf dem Holzweg. Wer die Maximalforderung stellt, ist nicht nur Utopist, sondern liebt auch die Menschheit nicht wirklich. Wir können uns nicht einfach ins Mittelalter zurückbomben und diese Forderung hier bedeutet genau das. Sie haben gesagt, unsere Vorstösse seien nicht viel – aber immerhin mehr als nichts. Wenn Sie einmal in der Datenbank nachschauen, was Sie bisher an Vorstössen eingereicht haben – insbesondere von den Grünen, dann ist da ziemlich gähnende Leere. Mit dem Spurabbau am Bellevue haben sie den Klimawandel nicht wahnsinnig fest erschreckt, so dass er sich an den Nordpol zurückgezogen hätte. Es braucht mehr. Wir machen einen Schritt nach dem anderen und wir sind auf dem richtigen Weg. Lassen Sie sich auf diesen Diskurs ein und überbrücken Sie Ihre internen Gräben. Wir müssen auch den grossen Graben hier drin überbrücken, um gemeinsam an Lösungen arbeiten zu können.

Dr. Florian Blättler (SP): Ich möchte als Physiker eine wissenschaftliche Sicht hereinbringen: Die Funktion von CO₂ und Wasser auf das Klima sind für uns Wissenschaftler schon seit 120 Jahren bekannt und verstanden. Heutzutage befassen wir uns mit Gravitationswellen und können kleinste Veränderungen messen. Es ist eine Beleidigung sondergleichen, zu sagen, wir könnten den Klimawandel nicht voraussagen. Als die Welt das letzte Mal 4 Grad kälter war, lagen 300 Meter Eis über uns. Sollte es mehr als 4 Grad wärmer werden, ist Sizilien noch die angenehme Variante, vermutlich ist es eher Sahara. Bereits bei den 1,5 Grad, auf die man sich beim Pariser Abkommen geeinigt hat, wird Spanien grösstenteils zu einer Wüste, das Wallis wird versteppen und der gesamte Mittelmeerraum wird unter Wassermangel leiden. Die jetzige Bevölkerung dort wird über zu wenig Trinkwasser verfügen. Wenn man eine 50-prozentige Wahrscheinlichkeit haben möchte, unter 1,5 Grad zu bleiben, bleiben uns noch 600 Gigatonnen an CO₂, die wir noch ausstossen dürfen – aktuell sind wir auf über 40 Gigatonnen pro Jahr. In 50 Jahren haben wir diesen Wert also längstens überschritten. Wollen wir mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit unter 1,5 Grad bleiben, hätten wir schon vor zehn Jahren komplett mit dem Ausstoss aufhören müssen. Nehmen wir einmal dieses Durchschnittsszenario mit 600 Gigatonnen. Um das zu erreichen, müssten wir weltweit um 4 Prozent linear runter, das wären 25 Jahre bis wir auf null sind. Wieso haben wir aber 10

10 / 17

Jahre eingetragen? Die Schweiz ist verhältnismässig tief beim CO₂-Ausstoss im Vergleich mit anderen Industrienationen. Das ist richtig. Es sind rund 5 Tonnen pro Kopf und Jahr. Man hat einige Fortschritte gemacht, aber das geschah nur, weil man den gesamten CO₂-Ausstoss der Industrie ausgelagert hat. Der ist vollständig im Ausland. Bezieht man Import und Export mit ein, ist die Schweiz die Nation, die weltweit mit Abstand am meisten CO₂ importiert. Über 7 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr werden importiert. Damit ist die Schweiz weltweit in den Top10 der CO₂-Emittenten. Die USA, Australien und einige skandinavische Länder sind noch höher. Wenn wir im Inland also innert zehn Jahren auf netto null wollen, senken wir unseren gesamten CO₂-Ausstoss jährlich um 4 Prozent, was wir brauchen, um mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit die 1,5 Grad einhalten zu können.

Der Ratspräsident Heinz Schatt (SVP) beantragt, die Redezeit auf drei Minuten zu beschränken.

Der Rat stimmt dem Antrag von Heinz Schatt (SVP) mit 44 gegen 41 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Simone Brander (SP): *Entschlossenes Handeln wurde von uns gefordert und uns wird vorgeworfen, wir würden keine Ideen für konkrete Massnahmen liefern. Severin Pflüger (FDP) warf uns vor, wir wollten das Ziel ja gar nicht erfüllen. Das ist absurd. Wir haben in der Vergangenheit bereits einige Klimavorstösse eingereicht, das Problem ist uns nicht erst seit heute bekannt. Ich lese einige Titel von in den letzten Jahren von uns eingereichten Vorstössen vor: «Reduktion der grauen CO₂-Emmissionen», «Massnahmen zur verstärkten Förderung von Null-Energie-Bauten», «Ausrichtung der Investitionsbeiträge beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Systeme», «Ausrichtung von Risikobeiträgen bei der Abklärung für Erschliessungsprojekten neuer Fernwärmeverbände», «Fossil- und atomfreie Anlageentscheide für die Investitionen für sämtliche Anlagegefässe der Stadt Zürich», «Pensionskassen der Stadt Zürich: Umfang der Investitionen in klimaschädigende Firmen» oder «Wirkung der Investitionen bezüglich der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit». Ich könnte diese Liste endlos so weiterführen, aber leider habe ich jetzt nicht mehr so viel Zeit. Es braucht entschlossenes Handeln und deshalb sind wir mit der Zieldefinition und dem Bericht, der den Weg zu diesem Ziel aufzeigt, nicht fertig. Wir haben heute noch vier konkrete Ideen mit konkreten Lösungen eingereicht. Ein grosser Hebel sehen wir bei den konventionellen Heizsystemen. Da fordern wir einen Umstieg auf CO₂-freie Wärmeproduktion. Ein zweiter Vorschlag will die Festsetzung von erneuerbaren Energiezonen und die Schaffung von erneuerbaren Wärmeverbänden aus lokalen Quellen und Abwärme – das gestützt auf das bereits vorhandene Konzept 2050 der Stadt Zürich. Gemeinsam fordern wir in einer Motion eine massive Photovoltaikoffensive, so dass bis 2030 mindestens 10 Prozent des jährlichen Strombedarfs mittels Photovoltaik gedeckt werden kann. Bei städtischen Fahrzeugen fordern wir alternative Antriebe, die leicht, energieeffizient und mit alternativen Energien funktionieren sollen. Diese Massnahmen sind nicht abschliessend, aber wir setzen dort an, wo wir konkreten Handlungsbedarf sehen und die Stadt Zürich auf kommunaler Ebene Handlungskompetenzen hat.*

Sven Sobernheim (GLP): Wir haben mehrmals gehört, dass diese 10 oder 11 Jahre ein zu sportlicher Fahrplan seien. Ich mache einen Vergleich zur Lärmschutzverordnung auf Bundesebene. Dort hat man gesagt, man habe eine 30-jährige Frist. Das hat dazu geführt, dass man die ersten 20 Jahre nichts getan hat. Wenn wir uns jetzt nicht eine 10-jährige Frist setzen, dann machen wir wieder 20 Jahre lang nichts. Ich spreche jetzt vor allem zum Freisinn, der einen Ständerat hat, der im Initiativkomitee der Gletscherinitiative sitzt. Jeder, der die Gletscherinitiative mit ihrer Forderung von netto null bis 2050 unterschreibt, muss die Forderung von netto null in der Stadt Zürich mittragen. Wir brauchen nicht nur einen zeitlichen Senkungspfad, sondern auch einen lokalen. Niemand kann erwarten, dass eine Berggemeinde im Wallis vorausgeht, sondern wir als Stadt mit einer grossen Bevölkerung und grossen Mitteln müssen vorausgehen. Wo, wenn nicht in eine Gemeindeordnung, sollen wir hineinschreiben, was wir erreichen wollen? Wenn wir dort nur Dinge hineinschreiben, die wir sowieso erreichen oder erreichen müssen, dann ist der Eintrag entweder ein gesetzgeberischer Pleonasmus oder schlicht nicht notwendig.

Markus Kunz (Grüne): Wir haben eines der gravierendsten, wichtigsten und problematischsten Themen heute Abend zu besprechen. Da ist es falsch, die Redezeit zu beschränken. Wir sind an einem Tiefpunkt in Sachen Demokratie, wenn Zeit wichtiger ist, als dass wir die wichtigen Themen hier besprechen.

Walter Angst (AL): Die Motion ist ein Auftrag an den Stadtrat, etwas mit konkreten Eckpunkten auszuformulieren. Mehr nicht. Parallel dazu wird hier drin eine Diskussion darüber geführt, welche Hebel wir nun in Bewegung setzen müssen. Die Stadt Zürich ist in der komfortablen Lage, das einzige Gemeindewesen in der Schweiz zu sein, das über drei grosse Energieunternehmen verfügt, die einen wesentlichen Einfluss auf die Erreichung des Ziels netto null 2030 haben. Mit EWZ, Energie 360° AG und der Fernwärme haben wir die entscheidenden Hebel in der Hand, um die Energieversorgung der Stadt Zürich in Sachen Elektrizität und Wärme umzustellen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er nun keine Zeit verstreichen lässt und die Sektorwirtschaft mit den verschiedenen Abteilungen aufgibt. Das Postulat von Andreas Kirstein (AL) hat gesagt, in welche Richtung das geht. Selbstverständlich wird es hierzu noch Diskussionen geben, aber aus einer Hand muss es möglich sein, eine Umsetzung zu beschliessen und ich erwarte, dass Andreas Hauri mit gleicher Verve aktiv wird wie mit der Smart-City. In Sachen Verkehr haben wir andere Verhältnisse seit dem 24. Mai 2019 im Kanton Zürich und die Stadt Zürich ist kein Ort für den motorisierten Privatverkehr. Sie ist nicht der Ort, wo man überall Autos hinstellt, wo man eigentlich mit dem Velo durchfahren können sollte. Mit den anderen Mehrheiten im Kantonsrat können nun Schritte unternommen werden, die in den letzten 10 bis 20 Jahren von den bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen blockiert wurden. Das sind Dinge, die die Zürcher Bevölkerung will und mit denen es uns bessergeht. Weiter sollten wir zum Prinzip zurückkehren, dass jene, die in Zürich arbeiten auch in Zürich wohnen können. Wohnpolitik leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass wir das Verkehrsaufkommen der Zukunft in den Griff kriegen oder ob wir die Pendlermanie weiter vertiefen, in die wir in der Vergangenheit investiert haben. Das sind drei zentrale Massnahmen, die man jetzt angehen muss und nicht erst in zehn Jahren über eine Motion. Es sind keine Vorstösse, davon hat es auf der Traktandenliste genug.

Matthias Probst (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2019/135: *Es freut mich, dass wir heute mit unserer Gemeindeordnung unseren Beitrag zum Abkommen in Paris leisten können. Das Abkommen ist weder warme Luft noch ein theoretisches Konstrukt. Es ist das absolute Minimum, auf das sich die internationale Staatengemeinschaft einigen konnte, um überhaupt eine Chance zu haben, dieses Problem in den Griff zu kriegen, das wir in den letzten 100 Jahren angerichtet haben. Die Schweiz und die Stadt Zürich waren treibende Kräfte, die das Problem verschärft haben. Ich wünsche mir, dass wir jetzt eine treibende Kraft bei der Entschärfung des Problems sind. Wir haben das Ziel netto null bis 2030 gesetzt, das das Minimum darstellt, wenn man das 1,5-Grad-Ziel erreichen möchte. Dieses Ziel ist nicht illusorisch: Es steht ja netto und nicht brutto. Die Tatsache, dass es eigentlich sehr billig ist, CO₂ zu reduzieren, zeigt, wie wenig in den letzten Jahren dafür getan wurde. Ich glaube, dieser Preis wird in Zukunft massiv ansteigen. Warum sollte die Stadt Zürich jetzt den Kopf in den Sand stecken und darauf warten, bis die grossen Player rundherum von sich aus nicht handeln? Warum sollte eines der reichsten Länder der Welt und darin die reichste Stadt der Schweiz nichts tun und bloss zuschauen? Wir sollten uns mit konkreten Massnahmen vorbereiten. Wir können die Klimakrise nicht mehr abwenden, aber wir können sie zumindest abschwächen. Ich finde es richtig, dass zu den eingereichten Motionen auch noch zwei Berichte verlangt werden. Ich finde es auch schön, dass sich die FDP nun auch für die Fakten interessiert. Es wird verlangt, die 2000-Watt-Gesellschaft, Klimaneutralität bis 2050 und Klimaneutralität bis 2030 zu untersuchen. Damit hier Gleiches mit Gleichem verglichen wird, schlage ich vor, dass wir auch noch eine Tonne CO₂ pro Einwohnerin und Einwohner bis 2050 untersuchen, denn dies steht momentan in der Gemeindeordnung. Dieses Ziel reicht offensichtlich nicht und damit würde ein Beitrag geleistet werden, die Stadt Zürich voran zu bringen. Es ist noch viel nötig, sowohl technologische als auch politische Durchbrüche.*

Marcel Bührig (Grüne): *Seit Wochen hält uns die FDP vor, wir würden bloss Symbolpolitik betreiben ohne Massnahmen oder Vorschläge zu bringen. Schon nur in den fünf Jahren seit ich im Rat bin, hat es durchaus Klimavorstösse gegeben. Wir haben gearbeitet und konkrete Vorschläge geliefert. Viel hat sich im Rat verändert, etwa die Tonalität. Was aber über die fünf Jahre konstant geblieben ist, sind unsere Gegner bei Klimavorstössen. Da war die FDP immer gut vertreten. In vorderster Reihe hat man alles abgelehnt. Das war in der Stadt, aber auch im Kanton und so ist es seit Jahrzehnten auf nationaler politischer Ebene. Die FDP hat jetzt ein paar Vorstösse erarbeitet, die nicht alle schlecht sind, aber auch nicht die grossen Würfe, die notwendig wären. Es ist eine verlogene Dreistigkeit, uns vorzuwerfen, wir betrieben nur Symbolpolitik, bloss weil man einmal einen guten Tag hatte und ein paar Vorstösse formuliert hat. Ich hoffe, dass die FDP dank der Klimastreiks nun endlich bereit ist, an konkreten Lösungen mitzuarbeiten – das wird sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen. Ich hoffe, man will hier nicht bloss auf der aktuellen Themenwelle reiten, sondern dass sich ein echtes Interesse für das Klima entwickelt.*

Martin Bürki (FDP): Die Ratslinke hat viel über Schreckensszenarien, Einschränkungen und Verzicht gesprochen. Zwangsmassnahmen werden mit den aktuellen Technologien propagiert. Man ist überhaupt nicht auf den technologischen Wandel eingegangen, von dem wir profitieren könnten. Ein heutiges Handy enthält die Technologie, die man damals brauchte, um die Appollo-8-Mission durchzuführen. Das Mooresche Gesetz besagt, dass Transistoren und integrierte Schaltungen sich alle zwei Jahre verdoppeln und dieses Gesetz gilt seit 1970 und auch für die nächsten Jahre. Was bringt uns das für den Klimawandel? Als Beispiel nehmen wir die Elektromobilität: Die Universität Kiel hat eine Batterie entwickelt, die zehnmal mehr Energie speichert als aktuelle Batterien und innert 5 Minuten aufgeladen werden kann. In zwei bis drei Jahren kommt die auf den Markt. Ein durchschnittlicher Autofahrer fährt in der Schweiz 13 500 Kilometer. Das heisst, er muss etwa zwanzigmal ein Benzinauto auftanken. Mit den neuen Batterien muss er noch zwei- bis dreimal tanken. Am Fraunhofer Institut wird an einem Konzept gearbeitet, mit dem man bis 2030 hundertmal mehr Energie speichern kann als mit heutigen Batterien. Das würde heissen, ich müsste mein Elektroauto nur noch alle vier Jahre aufladen. Solche Autos werden sich automatisch durchsetzen, aber es braucht vielleicht etwas Hilfe und Anschub, damit die Technik schneller kommt. Warum sich vor allem die Ratslinke diesem Technologischen Wandel verschliesst, ist mir schleierhaft. Die Grünen sind gut im Warnen und Dramatisieren, die FDP ist gut im effizient umsetzen. Ihr könnt das Thema jetzt gut uns überlassen.

Isabel Garcia (GLP): Zuerst möchte ich auf etwas Positives eingehen: Es ist schön, dass wir uns heute Abend im Wesentlichen einig sind, dass der Klimawandel besteht und dass wir jetzt handeln müssen. Es wird vorgeworfen, dass es die falschen Ziele mit einem unrealistischen Zeitrahmen sind. Florian Blättler (SP) hat wissenschaftlich korrekt abgeleitet, dass der Vorstoss eine eins zu eins-Ableitung aus den wissenschaftlichen Modellen ist. Ich glaube, wir müssen nicht diskutieren, ob das richtig oder falsch ist. Wir in der Stadt Zürich tragen auch eine Verantwortung. Ein Zwanzigstel der Bevölkerung lebt auf dem Territorium der Gemeinde Zürich. Wir haben in der Schweiz und in Europa eine gewisse Symbolwirkung. Ich glaube, auch da sind wir uns einig. Da ist es doch nur richtig, wenn man diese Rolle auf eine positive Art wahrnimmt. Warum muss es jetzt so schnell gehen? Wir haben das Thema einfach lange verschlafen. Seit dem Bericht des Club of Rome weiss man, wie die Zusammenhänge funktionieren und dieser ist ja wohl steinalt. Man kennt seither die Entwicklungen des Energieverbrauchs und der Folgen, die er hat. Wir sind seither auf dem verkehrten Pfad. Es ist mathematisch richtig, dass die Kehrtwende umso schneller geschehen muss, je länger man auf dem falschen Pfad schreitet. Mich freut, dass wir hier eine Mehrheit dafür haben. An die FDP noch eine positive Message: Selbstverständlich unterstützt die GLP euer Postulat, das eine gute Ergänzung zu all den vorgeschlagenen Massnahmen ist.

Michael Schmid (FDP): Den Vorwurf der Verlogenheit von Marcel Bührig (Grüne) weise ich in aller Entschiedenheit zurück, wie ich auch den grössten Teil seines Votums zurückweise. Abgesehen von diesem Beitrag empfand ich diese Debatte als durchaus wertvoll. Wir nehmen den Textänderungsantrag von Matthias Probst (Grüne) an. Wir sind einverstanden, die Währung 2000-Watt durch eine Tonne CO₂ zu ersetzen. Dann

vergleicht man Gleiches mit Gleichem. Was die Frage nach der Reduktion im Inland oder Ausland angeht, wurde verschiedentlich behauptet, wir wollten in der Stadt Zürich nichts machen. Das ist falsch, niemand in der FDP wird sagen, man müsse in der Stadt nichts tun. Mir ist rätselhaft, wie man das Pariser Abkommen vertreten kann, sich dann aber gegen Auslandmassnahmen aussprechen kann. Diese sind Teil des Abkommens – genau wie vom Kyoto-Protokoll. Mir ist das insbesondere rätselhaft, wenn man gleichzeitig sagt, wir würden wesentlich mehr graue Energie in die Stadt importieren als hier verursacht wird. Das stimmt ja sogar, aber genau deswegen müssen wir neben den Aktivitäten in der Stadt auch Massnahmen im Ausland finanzieren und mittels technologischer Entwicklungen den Boden bereiten, dass im Ausland immer mehr reduziert werden kann. Das Gleiche gilt für die Emissionen, die der Finanzplatz auslöst. Nehmen wir mal an, die Zahl des zwanzigfachen gegenüber den Schweizer Emissionen stimme: Der Finanzplatz finanziert auch zwanzigmal mehr Reduktionen global als wir in der Schweiz auslösen. Dies ist ein Hebel, den wir als Schweiz und als Stadt Zürich in der Hand halten. Der Finanzplatz ist auch schon aktiv daran, die Emissionen zu reduzieren. Netto null nur in der Stadt Zürich führt in die Sackgasse, es braucht ein klimapolitisches Engagement auf globaler Ebene mit Massnahmen, die auch global wirken können.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Ich werde weder auf die präsentierten Horrorszenarien noch auf die nicht vorhandene Realität der Forderungen eingehen. Ich werde die Klimaaktivisten, die hinter diesen Vorstössen stehen, bei ihren eigenen Zielen packen. Ich fahre selbst gerne Bahn, am liebsten vorne beim Lokführer. So erfahre ich, was eine Bahn an Strom konsumiert. Nur schon das Beschleunigen oder die Fahrt durch den Gotthard-Basistunnel mit der Luftsäule vornedran – da würden Sie staunen, wie viele Paletten Photovoltaikanalagen sie bräuchten, um das zu kompensieren. Der erneuerbare Strom reicht nicht, um das alles zu kompensieren. Auch E-Autos brauchen Strom und woher soll der kommen? Die Energiewende will ja auch keinen Atomstrom und keine Kohlenkraftwerke, was dann noch übrigbleibt, wird nicht reichen. Mit dieser Klimaideologie hätten wir ein Blackout. Dann sitzt man im Winter schlotternd vor der Kerze und schreibt dem Partner oder der Partnerin einen Brief, der per Meldeläufer verschickt wird, weil E-Mail dann auch nicht mehr funktioniert. Man möchte dann am liebsten weg, aber wohin? Vielleicht noch nach China, weil dort dieses Diktat nicht mehr besteht. Das ist das Problem: Die Klimaaktivisten wollen in ihrer Konsequenz die Mobilität langfristig verbieten. Das ist der Ostblock in Reinkultur. Diese Klimastreiks haben etwas Totalitäres an sich und das ist das Problem. Hier habe ich dank diesen Klimaaktivisten die Fortsetzung für das in meinem ersten Votum erwähnte Buch gefunden.*

Dr. Mathias Egloff (SP): *Severin Pflüger (FDP) sagte im Tages-Anzeiger, die Linke wolle die FDP mit ihren übertriebenen Klimamassnahmen nur unter Druck setzen. Aber die schlaue FDP hätte diesem Druck Massnahmen entgegengesetzt, die niemanden schmerzen, aber den Klimawandel aufhalten: zum Beispiel eine längere Parkdauer für Elektroautos. Es wundert mich nur nicht, dass sie den Stadtrat nicht damit beauftragt haben, das Klimaproblem mit Kernfusionen bei Zimmertemperatur zu bekämpfen. Klimamassnahmen schmerzen nicht wegen der nervigen Linken und Grünen, sondern wegen des ersten Hauptsatzes der Thermodynamik. Die Sonne scheint weiter und weil wir die Luft für die nächsten 50 Jahren mit CO₂ angefüllt haben, können wir nicht mit einem*

Trick à la FDP dieses CO₂ wieder entnehmen, ohne dass es schmerzt. Nein, das kostet weltweit Blut, Schweiss und Tränen. Bei uns kostet es vermutlich vor allem Geld und Bequemlichkeit, aber das ist das Mindeste, das wir der Welt schuldig sind.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Diese engagierte Diskussion zeigt, dass eine Mehrheit im Saal bereit ist, zumindest gewisse Massnahmen in den nächsten Jahren zu realisieren. Das zeigen auch die bereits eingetroffenen und heute angekündigten Vorstösse. In den letzten 10 Jahren wurde mit der 2000-Watt-Gesellschaft bereits vieles erreicht, auch wenn wir noch lange nicht dort sind, wo wir sein möchten. Im Rückblick haben wir die Senkung der CO₂-Emissionen pro Kopf um 25 Prozent seit 1990 erreicht. Seither ist der Primärenergieverbrauch pro Kopf um 1300 auf rund 3900 Watt gesunken. Bei den Bauten bauen wir stark für Morgen, wir verfügen über viele Musterbauten und Mustersiedlungen wie etwa das Triemli-Bettenhaus oder die Wohnsiedlung Kronenwiese. Wir haben eine städtische Begleitung von 2000-Watt-Arealen: Kalkbreite, Sihlbogen und andere gehören dazu. Wir haben ein Energiecoaching, das über 1000 Hauseigentümer in Anspruch genommen haben. Wir haben ein Förderprogramm Heizungsersatz, ein Verbundnetz, das wir weiter ausbauen werden und bei der Mobilität ist es so, dass gut 50 Prozent der Bevölkerung kein Auto besitzen. Es ist also viel in den letzten Jahren passiert, aber die Frage ist, wo wollen wir in den nächsten 10 oder 20 Jahren sein? Wenn wir den Absenkpfad der 2000-Watt-Gesellschaft anschauen, braucht es nach wie vor 25 Prozent Reduktion beim Energiekonsum und 25 Prozent bei den Treibhausgasemissionen. Motion, Postulat und Petition der Klimajugend fordern netto null CO₂ bis 2030. Eines ist klar, egal, welche Variante wir da weiterverfolgen: Alle verorten einen grösseren Handlungsbedarf. Es ist auch allen klar, wo die Hebel sind, an denen man ansetzen könnte. Es sind Fragen, wie wir heizen, wie wir uns bewegen und wie wir konsumieren. Der Stadtrat steht klar hinter der 2000-Watt-Gesellschaft und hinter den Klimaschutzzielen von Paris. Auch heute haben wir in der Petitionsantwort an die Klimajugend kommuniziert, dass der Stadtrat gewillt ist, in verschiedenen Projekten einzelne Themen voranzutreiben und den Klimaschutz in Zukunft noch stärker zu gewichten. Der Stadtrat ist gewillt, das Tempo der Umsetzungen zu forcieren und entsprechend zu priorisieren. In den nächsten Monaten wird geprüft, welche Massnahmen priorisiert werden sollen, sei es eine Forcierung beim Anschubprogramm für den Heizungsersatz, die Einführung weiterer Energieverbünde, die schnellere Umstellung der stadt-eigenen Flotte auf erneuerbare Energien, oder dass man beim Einkauf die Klimarelevanz stärker berücksichtigt. Wir werden auch die Schaffung eines Klimaforums prüfen, in dem neben der Klimajugend auch die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Zivilbevölkerung, die Wissenschaft und einen Teil der Verwaltung mitberücksichtigt werden und so weitere Schritte in die Wege geleitet werden können. Wir möchten das Szenario null Tonnen CO₂ aufzeigen. Dort geht es vor allem darum, dass wir dieses Ziel von der Stadt allein aus nicht realisieren können. Es braucht den Kanton und den Bund dazu. Wir wollen aufzeigen, welche Rahmenbedingungen es dafür braucht, was die Stadt Zürich selbst machen kann, mit welchen Kosten das verbunden ist und was das für die Verwaltung, die Unternehmungen und die Bevölkerung*

16 / 17

schlussendlich bedeutet. Wir wollen sichtbare Erfolge in den nächsten Monaten und Jahren. Deshalb sind wir auch bereit, die Motion und das Postulat entgegen zu nehmen.

Die Dringliche Motion wird mit 85 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1273. 2019/107

**Dringliches Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 20.03.2019:
Bericht über die Ziele und Massnahmen der Roadmap 2000-Watt-Gesellschaft hinsichtlich dem Ziel einer Reduktion des CO₂-Ausstosses auf Null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/106, Beschluss-Nr. 1272/2019

Simone Brander (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1044/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. April 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 102 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1274. 2019/135

**Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:
Bericht über die geplanten, möglichen und notwendigen Massnahmen zur Zielerreichung bezüglich 2000-Watt-Gesellschaft, Klimaneutralität bis 2030 und 2050**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/106, Beschluss-Nr. 1272/2019

17 / 17

Michael Schmid (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1133/2019).

Rolf Müller (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Matthias Probst (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat hinsichtlich folgender möglicher Zielsetzungen:

- a) ~~2000-Watt-Gesellschaft~~ 1 Tonne CO₂ bis 2050, gemäss geltender Gemeindeordnung
- b) Klimaneutralität bis 2050 (gemäss Gletscher-Initiative)
- c) Klimaneutralität bis 2030

in einem Bericht, gegliedert nach Departement, je die konkret geplanten, die möglichen sowie die seiner Ansicht nach zur jeweiligen Zielerreichung notwendigen Massnahmen der Stadt Zürich aufzeigen. Der Bericht soll dabei die direkten und indirekten Folgen, den Nutzen, namentlich die Netto-CO₂-Bilanz der jeweiligen Massnahme, die direkten und indirekten sozialen Auswirkungen und die resultierenden Kosten detailliert und überprüfbar darlegen. Soweit auf Massnahmen anderer staatlicher Ebenen verwiesen wird, sind auch die aus solchen Massnahmen resultierenden Kosten und Nutzen im Bericht entsprechend zu berücksichtigen.

Severin Pflüger (FDP) ist namens der FDP-Fraktion mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 101 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat